

Deutscher Bundestag

Stenografischer Bericht

134. Sitzung

Berlin, Mittwoch, den 27. Oktober 2004

Tagesordnungspunkt 1:

Befragung der Bundesregierung: **Fortsetzung des Einsatzes bewaffneter deutscher Streitkräfte bei der Operation Enduring Freedom; Hochschulrahmengesetz; eventuelle Neubesetzung der Position des Staatsministers im Kanzleramt**

12229 A

Dr. Peter Struck, Bundesminister BMVg .
12229 B

Christian Schmidt (Fürth) (CDU/CSU)
12229 D

Dr. Peter Struck, Bundesminister BMVg .
12230 A

Günther Friedrich Nolting (FDP)
12230 D

Dr. Peter Struck, Bundesminister BMVg .
12230 D

Gernot Erler (SPD)
12231 A

Dr. Peter Struck, Bundesminister BMVg .
12231 A

Dr. Gesine Löttsch (fraktionslos)
12231 C

Dr. Peter Struck, Bundesminister BMVg .
12231 C

Karl-Theodor Freiherr von und zu
Guttenberg (CDU/CSU)
12231 C

Dr. Peter Struck, Bundesminister BMVg .
12231 D

Dr. Wolfgang Schäuble (CDU/CSU)
12231 D

Dr. Peter Struck, Bundesminister BMVg .
12232 A

Petra Pau (fraktionslos)
12232 C

Dr. Peter Struck, Bundesminister BMVg .
12232 C

Rainer Arnold (SPD)
12232 D

Dr. Peter Struck, Bundesminister BMVg .
12232 D

Hans Raidel (CDU/CSU)
12233 A

Dr. Peter Struck, Bundesminister BMVg .
12233 A

Dr. Gesine Löttsch (fraktionslos)
12233 B

Dr. Peter Struck, Bundesminister BMVg .
12233 C

Dirk Niebel (FDP)
12233 D

Ulrich Kasparick, Parl. Staatssekretär
BMBF
12233 D

Petra Pau (fraktionslos)
12234 B

Ulrich Kasparick, Parl. Staatssekretär
BMBF
12234 C

Christian Schmidt (Fürth) (CDU/CSU)
12234 C

Ulrich Kasparick, Parl. Staatssekretär
BMBF
12234 D

Carl-Ludwig Thiele (FDP)
12235 A

Ulrich Kasparick, Parl. Staatssekretär
BMBF
12235 B

Dirk Niebel (FDP)
12235 B

Rolf Schwanitz, Staatsminister BK
12235 C

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Guten Tag, liebe Kolleginnen und Kollegen!
Die Sitzung ist eröffnet.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 1 auf:

Befragung der Bundesregierung

Die Bundesregierung hat als Thema der heutigen Kabinettsitzung mitgeteilt:
Fortsetzung des Einsatzes bewaffneter deutscher Streitkräfte bei der Operation Enduring Freedom.

Das Wort für den einleitenden fünfminütigen Bericht hat der Bundesminister der Verteidigung, Dr. Peter Struck.

Dr. Peter Struck, Bundesminister der Verteidigung:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Kolleginnen und Kollegen! Das Kabinett hat heute beschlossen, dass sich die Bundeswehr vorbehaltlich der Zustimmung dieses Hauses weiterhin mit bis zu 3 100 Soldaten und ihrer entsprechenden Ausrüstung an der UN-Operation Enduring Freedom beteiligen soll.

Derzeit sind rund 290 Soldaten der Marine im Einsatz; weitere Kräfte werden in Bereitschaft gehalten. Es geht darum, bei militärischen Maßnahmen im Kampf gegen den internationalen Terrorismus auch künftig ein hohes Maß an Flexibilität zu erhalten; denn nur auf diese Weise kann den wechselnden Einsatzerfordernissen schnell und angemessen begegnet werden.

Die Terroristen agieren unberechenbar. Deshalb ist es außerordentlich wichtig, dass wir im Rahmen der Vereinbarungen der internationalen Koalition für glaubwürdige und effiziente Einsätze zur Verfügung stehen. Aus diesem Grunde haben wir es für richtig gehalten, Herr Präsident, die bislang nicht ausgeschöpfte Obergrenze von 3 100 Soldaten für die deutsche Beteiligung an der Operation Enduring Freedom nicht zu verändern.

Die Bundeswehr wird sich weiterhin mit einer Fregatte und einem Seefernaufklärer am Horn von Afrika beteiligen. Diese Region ist in der Vergangenheit schon mehrfach Schauplatz von Attentaten terroristischer Gruppierungen gewesen. Auf der Marinelogistikbasis in Dschibuti sind circa 25 Soldaten stationiert; insgesamt umfasst das Marinekontingent etwa 290 Soldaten.

Durch die Zusammenfassung der Taskforce 150 und der Taskforce 151 hat sich das Einsatzgebiet seit März 2004 auch auf die Arabische See und den Golf von Oman ausgedehnt. Allein in den vergangenen zwölf Monaten wurden etwa 10 500 Schiffe und

Boote abgefragt und fast 400 Schiffe genauer untersucht. Bei Verlängerung des OEF-Mandats wird Deutschland voraussichtlich ab Dezember 2004 erneut den Kommandeur der internationalen Marinestreitkraft am Horn von Afrika stellen. Durch die Bundeswehr bzw. die Marine werden wir auch weiterhin im Rahmen des NATO-Bündnisses unseren Beitrag zum Kampf gegen den internationalen Terrorismus im Mittelmeer leisten.

Zum Abschluss will ich sagen, dass wir vom Deutschen Bundestag zwar ein Mandat für 3 100 Soldaten erbitten, dass wir dieses Mandat aller Voraussicht nach aber nicht in diesem Umfang ausschöpfen werden. Allerdings behalten wir uns, falls es die Situation erfordert, vor, zusätzliche Soldaten entsprechend diesem Mandat in den Kampf gegen den internationalen Terrorismus zu entsenden.

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Vielen Dank, Herr Struck.

Jetzt können Fragen gestellt werden, und zwar zunächst zu dem Themenbereich, über den der Bundesverteidigungsminister gerade berichtet hat. – Herr Kollege Christian Schmidt, bitte.

Christian Schmidt (Fürth) (CDU/CSU):

Herr Bundesminister, Sie haben über die Verlängerung des Mandats berichtet und angedeutet, dass Terroristen unberechenbar sind. Welche Änderungen erwarten Sie bei der Umsetzung von Enduring Freedom in konzeptioneller Hinsicht und bezüglich der Orte, an denen Bundeswehreinheiten operieren, über das von Ihnen aufgeführte gegenwärtige Engagement am Horn von Afrika hinaus, insbesondere im Hinblick auf Afghanistan und die umliegenden Länder, und wie steht die Bundesregierung dem in der NATO von verschiedener Seite verfolgten Ansinnen gegenüber, die Operationen ISAF und Enduring Freedom, an denen die Bundeswehr beteiligt ist, organisatorisch und führungsmäßig miteinander zu verknüpfen?

Dr. Peter Struck, Bundesminister der Verteidigung:

Um mit dem letzten Thema zu beginnen: Es gibt in der Tat Bestrebungen, insbesondere seitens unserer amerikanischen Freunde und auch unserer britischen Freunde, ISAF, also die Unterstützungs- und Hilfsmission in Afghanistan, und die Maßnahmen, die in Afghanistan unter der Überschrift „Enduring Freedom“ im Kampf gegen den internationalen Terrorismus durchgeführt werden, zu einem Mandat zusammenzulegen. Die Begründung für diese Bestrebungen ist, dass man

Synergieeffekte bekommt, wenn man einen einzigen Oberbefehlshaber für beide Operationen hat, sowie eine bessere Abstimmung zwischen beiden Operationen erreicht.

Die Bundesregierung vertritt ebenso wie andere europäische Staaten, die sich an beiden Operationen beteiligen, die Auffassung, dass eine gewisse Gefahr besteht, dass diejenigen, die jetzt im Rahmen von ISAF als Unterstützer auftreten – zum Beispiel unsere über 2 000 Soldaten in Kabul, Kunduz und Faizabad – eher in eine Situation kommen, in der sie als Bekämpfer von al-Qaida- oder auch Talibangruppen auftreten, wodurch die Unterstützung der Bevölkerung nicht mehr so sein könnte wie bisher bei ISAF. Zum anderen würde eine solche Zusammenlegung bedeuten, dass das Einsatzgebiet der Bundeswehr dann ganz Afghanistan umfassen würde – ohne die Einschränkungen, die der Bundestag beschlossen hat.

Wir haben den NATO-Generalsekretär Jaap de Hoop Scheffer gebeten, das Military Committee prüfen zu lassen, welche Synergieeffekte die Zusammenlegung ergeben würde, und wollen dann in den entsprechenden Gremien darüber beraten.

Ich will anfügen, weil Sie das auch angesprochen haben, Herr Kollege Schmidt, dass inzwischen 54 Nationen an der Operation Enduring Freedom beteiligt sind – nicht nur NATO-Staaten, sondern auch Nicht-NATO-Staaten –: 36 Nationen als Truppensteller und 18 Nationen als Unterstützer der Operation, jeweils innerhalb ihres Zuständigkeitsbereichs. Unser Engagement im Rahmen der Operation Enduring Freedom konzentriert sich im Augenblick eher auf die Aufgaben, die unsere Marinesoldatinnen und -soldaten wahrnehmen. Jederzeit kann aber die Situation eintreten, dass wir wieder Heereseinheiten oder andere Kräfte einsetzen müssen.

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:
Zusatzfrage, Kollege Schmidt?

Christian Schmidt (Fürth) (CDU/CSU):

Herr Minister, nach Ihren Darlegungen gibt es eine gedachte regionale Trennung zwischen einem eher kritischen und einem eher friedlichen Teil Afghanistans. Wie beurteilen Sie vor diesem Hintergrund die Bestrebungen der NATO bzw. der internationalen Gemeinschaft insgesamt, ISAF auf den westlichen und südwestlichen Teil Afghanistans auszudehnen? Ist nicht spätestens dann eine Notwendigkeit der Zusammenlegung gegeben, schlicht und einfach, weil sich die Taliban nicht an solche gedachten Grenzen zwischen ISAF und OEF

halten, sondern dort zuschlagen, wo sie es für richtig halten?

Dr. Peter Struck, Bundesminister der Verteidigung:

Ich stimme Ihnen zu, Herr Kollege Schmidt. Ich halte es für sehr kritikwürdig, dass die Beschlüsse, die auf dem NATO-Gipfel in Istanbul und auch bei weiteren NATO-Treffen gefasst worden sind, nämlich die PRTs, die Wiederaufbauteams, nicht nur im Norden, sondern in einer zweiten und einer dritten Stufe auch im Westen und im Süden Afghanistans einzurichten und auf das ganze Land auszudehnen, noch nicht verwirklicht worden sind.

Die Bundesrepublik Deutschland hat ihre Vereinbarungen, wie Sie wissen und sich auch persönlich überzeugen konnten, erfüllt. Wir haben inzwischen zwei PRTs im Norden Afghanistans eingerichtet. Daher haben wir kürzlich auf unserem Verteidigungsministertreffen in Rumänien entschieden darum gegeben, dass auch andere Staaten ihre Verpflichtungen erfüllen und im Westen und im Süden Afghanistans weitere Wiederaufbauteams installieren.

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Die nächste Frage hat der Kollege Günther Nolting.

Günther Friedrich Nolting (FDP):

Herr Minister, Sie haben die Wiederaufbauteams angesprochen und aufgezeigt, dass weitere PRTs notwendig sind. Können Sie uns hier Zeitachsen nennen? Nach allem, was wir bisher gehört haben, bittet der NATO-Generalsekretär ja geradezu um Unterstützung, die aber leider nicht kommt.

Dr. Peter Struck, Bundesminister der Verteidigung:

Herr Kollege Nolting, wir können einen Erfolg vermelden: Anfang Oktober wurde von den Niederlanden ein PRT im Ort Pul-i-Khumri errichtet, für den wir vorwiegend Verantwortung tragen. Von unseren beiden PRTs habe ich schon gesprochen. Es geht um die Frage, ob das im Augenblick amerikanisch koordinierte PRT in Herat unter das ISAF-Kommando gestellt werden soll. Bei unserem letzten Treffen haben wir immer wieder entschieden darauf hingewiesen, dass diese Forderung des NATO-Generalsekretärs verwirklicht werden soll.

Einige Länder – zum Beispiel Dänemark und Tschechien – wollen sich an unseren PRTs beteiligen und andere überlegen sich, ein eigenes PRT zu errichten. Herr Kollege Nolting, ich kann Ihnen aber überhaupt nicht

sagen, wann diese neuen PRTs gerade im Westen und im Süden vorhanden sein werden.

Ein wichtiges Datum ist natürlich auch die Parlamentswahl in Afghanistan im Frühjahr des nächsten Jahres, weil wir davon ausgehen, dass diese Wahl und die Wahlvorbereitungen dazu genauso wie die Präsidentenwahl mithilfe von PRTs in günstiger Weise gestaltet werden sollen.

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Die nächste Frage hat der Kollege Gernot Erler.

Gernot Erler (SPD):

Herr Bundesminister, für meine Fraktion kann ich sagen, dass wir die Sorgen über die Bestrebungen, Enduring Freedom und ISAF zusammenzulegen, teilen. Deswegen möchte ich noch einmal nachfragen: Können Sie uns etwas darüber sagen, wie die anderen Staaten, die Truppensteller für ISAF sind, über die Idee der amerikanischen Seite denken, Enduring Freedom und ISAF zusammenzulegen?

Haben Sie auch Erkenntnisse darüber, wie sich die Übergangsregierung in Kabul dazu stellt? Sie hat durch die erfolgreich verlaufenden Wahlen ja eine neue und stärkere Legitimation erhalten, sodass es sinnvoll ist, auch deren Meinung zu diesem Thema zu berücksichtigen.

Dr. Peter Struck, Bundesminister der Verteidigung:

Herr Kollege Erler, man kann davon ausgehen, dass die überwiegende Mehrheit der Staaten, die in Kabul an dem Mandat ISAF beteiligt sind, so wie die Bundesregierung auch die Trennung beider Mandate für richtig hält.

Wir müssen natürlich abwarten, welche Vorschläge das Military Committee der NATO und Hoop Scheffer uns vorlegen werden. Im Februar des nächsten Jahres wird in Nizza eine informelle Sitzung der Verteidigungsminister stattfinden. Bis dahin sollen die Fragen geklärt werden. Es gibt noch keine offizielle Äußerung von Präsident Karzai oder dem Verteidigungsminister Fahim dazu, weil sie zunächst abwarten wollen, wie sich der Meinungsbildungsprozess in der NATO gestaltet.

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Eine Zusatzfrage, bitte schön, Herr Erler.

Gernot Erler (SPD):

Herr Bundesminister, ich habe noch eine zusätzliche Frage. In der Wahrnehmung des

Parlamentsvorbehalts haben wir hier im Deutschen Bundestag immer auf eine strikte Trennung der beiden Mandate geachtet und sie auch getrennt beraten. Kann ich davon ausgehen, dass Konsens zwischen der Bundesregierung und den Fraktionen im Bundestag darüber besteht, dass, wenn es zu einer Zusammenlegung kommt, natürlich auch eine neue Entscheidung des Bundestages notwendig ist?

Dr. Peter Struck, Bundesminister der Verteidigung:

Herr Kollege Erler, das halte ich für eine Selbstverständlichkeit.

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Die nächste Frage hat die Kollegin Dr. Gesine Löttsch.

Dr. Gesine Löttsch (fraktionslos):

Vielen Dank, Herr Präsident. – Herr Minister, gestern, am Dienstag, wurde bei den Vereinten Nationen ein Bericht vorgelegt, in dem schwere Menschenrechtsverstöße der Koalitionsstreitkräfte in Afghanistan konstatiert werden. Unter anderem sind 734 afghanische und pakistanische Gefangene 30 Monate lang ohne ein ordentliches Gerichtsverfahren festgehalten worden. Ich möchte Sie fragen, ob Sie über diesen Bericht informiert sind und welche Schlussfolgerungen Sie daraus ziehen werden.

Dr. Peter Struck, Bundesminister der Verteidigung:

Darüber bin ich so wie Sie, Frau Kollegin Löttsch, nur aus der Zeitung informiert. Ich kann Ihnen aber sagen, dass Bundeswehrangehörige nicht daran beteiligt waren.

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Die nächste Frage stellt der Kollege Karl-Theodor Freiherr von und zu Guttenberg.

Karl-Theodor Freiherr von und zu Guttenberg (CDU/CSU):

Herr Bundesminister, nachdem den Bestrebungen insbesondere der Vereinigten Staaten wohl offensichtliche Kommunikationsprobleme zwischen ISAF und OEF zugrunde liegen bzw. Missstände bei der Abstimmung vorliegen könnten, interessieren mich die Vorstellungen der Bundesregierung dazu und zu dem Zeitraum, bis wann sich beide Seiten tatsächlich vor Ort abgestimmt haben und die Missstände behoben sein werden.

Dr. Peter Struck, Bundesminister der Verteidigung:

Ich denke, Herr von und zu Guttenberg, dass auch aus der Sicht der amerikanischen Freunde nicht Kommunikationsschwierigkeiten oder vielleicht sogar eine fehlende Absprache zwischen OEF und ISAF das Problem waren. Es geht eher um den etwas abstrakten Begriff Synergie, worunter sich die Amerikaner in diesem Falle vorstellen, dass es einen Kommandeur für beide Operationen gibt, es also nicht einen ISAF-Stab und einen OEF-Stab gibt.

Wir lassen uns vom Military Committee Vorschläge unterbreiten, wie man mögliche Synergieeffekte erreichen kann und wie viele Stellen eingespart werden können. Wenn beide Stäbe zusammengelegt werden, ist es zum Beispiel denkbar, dass es einen Doppelhut gibt. Das bedeutet – Sie kennen das, das ist üblich –, dass eine Person für zwei Operationen zuständig ist. Ich kann Ihnen aber überhaupt noch nicht sagen, welche Vorschläge das Military Committee machen wird.

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Die nächste Frage hat der Kollege Wolfgang Schäuble.

Dr. Wolfgang Schäuble (CDU/CSU):

Herr Bundesminister, ich möchte Sie bitten, dem Hause noch einmal darzulegen, wie die Absprachen im Zusammenhang mit dem ISAF-Mandat aussehen, was die Hilfeleistung durch die Enduring-Freedom-Streitkräfte im Notfall oder im Falle eines plötzlichen Einsatzes anbetrifft. Ich möchte daran die Frage knüpfen, ob daraus nicht eine Stärkung des Arguments folgt, man solle beide Mandate zusammenlegen, weil damit der Schutz der im Rahmen des ISAF-Mandats eingesetzten Soldaten verstärkt würde. Ich möchte schließlich fragen, wie ich Ihr Argument verstehen soll, dass von nun an die Bundeswehr in Afghanistan regional unbegrenzt eingesetzt werden könne. Dies ist im Rahmen von Enduring Freedom ohnedies möglich, da sich die regionale Begrenzung ungefähr auf die Hälfte des Globus bezieht.

Dr. Peter Struck, Bundesminister der Verteidigung:

Herr Kollege Schäuble, wenn Sie die Begrenzung im Rahmen von Enduring Freedom meinen, dann gebe ich Ihnen Recht. Die Einsatzmöglichkeiten erstrecken sich über fast die Hälfte des Globus. Aber wir sind uns einig, dass auch aufgrund der Entstehungsgeschichte und der Debatte über das internationale Mandat in Afghanistan die Konzentration auf Kabul und Umgebung sowie

auf Kunduz und Faizabad im Rahmen des ISAF-Mandates Sinn macht.

Ich will noch etwas zu dem von Ihnen angesprochenen Fall einer Evakuierung sagen. Wir haben mit unseren amerikanischen Freunden natürlich Vereinbarungen über die Fragen getroffen: Was macht wer im Notfall? Wer evakuiert, wenn es um Kunduz und Faizabad geht? Wer evakuiert, wenn es um Kabul geht? Diese Vereinbarungen haben auch Länder wie die Türkei oder Großbritannien getroffen, die vor uns Kontingente bei ISAF gestellt haben. Das heißt, die dafür zur Verfügung stehenden Kräfte, insbesondere Großraumtransportflugzeuge für die OEF-Soldaten oder den Transport amerikanischer Truppen stehen auch für einen solchen Fall bereit. Die Amerikaner haben schon den Hinweis gegeben, dass es Sinn machen könnte, beide Operationen zusammenzulegen.

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Zusatzfrage, Herr Schäuble.

Dr. Wolfgang Schäuble (CDU/CSU):

Teilt die Bundesregierung die Einschätzung, dass die Trennung beider Mandate im Ergebnis dazu führen könnte, das Missverständnis zu verstärken, der Einsatz unserer Soldaten in Kunduz und Faizabad sei weniger gefährlich als der Einsatz im Rahmen von Enduring Freedom?

Dr. Peter Struck, Bundesminister der Verteidigung:

Ich halte es in der Tat für ein Missverständnis, diesen Einsatz als weniger gefährlich anzusehen. Ganz im Gegenteil: Es gab vor kurzem einen Anschlag in Kunduz. Den Soldaten, der dabei schwer verletzt wurde, habe ich vor kurzem im Krankenhaus besucht. Der Einsatz in Kunduz und Faizabad ist alles andere als ungefährlich; da gebe ich Ihnen völlig Recht, Herr Kollege Schäuble.

ISAF-Mandate in Afghanistan sind weder ruhig noch stabil; das wissen wir. Das würde auch gelten, wenn wir die Soldaten im Rahmen von OEF nach Afghanistan schickten. Zurzeit sehe ich das nicht. Aber es ist durchaus eine Situation denkbar, in der wir das tun könnten. Wir haben mit den Obleuten im Verteidigungsausschuss und den führenden Vertretern der Fraktionen die Vereinbarung getroffen, dass in einem solchen Fall, beispielsweise vor dem Einsatz von Spezialkräften im Rahmen von OEF in Afghanistan, die Fraktionen informiert werden.

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Die nächste Frage stellt die Kollegin Petra Pau.

Petra Pau (fraktionslos):

Herr Bundesminister, Sie bitten den Bundestag um Zustimmung zur Verlängerung des Mandates um ein Jahr. Werden Sie dem Deutschen Bundestag auch eine Einschätzung, wie lange dieser Einsatz insgesamt noch dauern soll, oder ein Ausstiegsszenario vorlegen?

Dr. Peter Struck, Bundesminister der Verteidigung:

Frau Kollegin Pau, niemand kann sagen, wann der Kampf gegen den internationalen Terrorismus beendet sein wird. Im Gegenteil, wir erfahren manchmal in schrecklicher Weise, dass der Terrorismus nach wie vor nicht nur in Afrika oder Asien, sondern auch hier in Europa zuschlagen kann. Daher gehe ich davon aus, dass es richtig ist, das Mandat nur um ein Jahr zu verlängern, um immer wieder die Möglichkeit zu haben, zu entscheiden, ob wir den Einsatz fortsetzen oder nicht. Niemand kann aber die Beendigung dieses Mandates vorhersehen.

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:
Zusatzfrage? – Bitte.

Petra Pau (fraktionslos):

Wenn das nicht vorhersehbar ist, dann stelle ich die Frage anders. Hat sich das Kabinett mit einer Gesamtbilanz nicht nur des Einsatzes der Bundeswehrsoldaten, sondern aller eingesetzten Koalitionstruppen befasst und was ist das Ergebnis des bisherigen Kampfes gegen den Terrorismus im Rahmen dieser Aktion?

Dr. Peter Struck, Bundesminister der Verteidigung:

Das Ergebnis ist, dass wir der Auffassung sind, dass dieses Mandat fortgesetzt werden soll.

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Die nächste Frage stellt der Kollege Rainer Arnold.

Rainer Arnold (SPD):

Herr Minister, die beiden Mandate sind wohl auch arbeitsteilig angelegt, sodass Enduring Freedom in vielen Bereichen ein Sicherheitsbackup für ISAF bietet. Gab es in der praktischen Vorbereitung des Backups Schwierigkeiten oder lief dies problemlos?

Dr. Peter Struck, Bundesminister der Verteidigung:

Es gab überhaupt keine Schwierigkeiten. Das lief problemlos, Herr Kollege Arnold.

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:
Eine Zusatzfrage, bitte.

Rainer Arnold (SPD):

Wenn man eine weiter gehende Synergie erzielen will, würde das nicht zwingend bedeuten, dass dieselben Soldaten ein breiteres Einsatzspektrum haben und mehr tun müssen, damit dieser Synergieeffekt erreicht wird? Könnte das auch bedeuten, dass unsere bisherigen PRTs deutlich robuster ausgestattet und ausgebildet werden müssen, als für ihren friedensbewahrenden Auftrag notwendig ist?

Dr. Peter Struck, Bundesminister der Verteidigung:

Theoretisch könnte es das bedeuten, was Sie gerade schildern. Auf der anderen Seite will ich deutlich machen, dass ich es angesichts der Gefahrenlage, in der unsere Soldatinnen und Soldaten in den PRTs in Kunduz und Faizabad sind, für denkbar halte, dass ich zusammen mit dem Generalinspekteur entscheiden muss, plötzlich und ganz schnell bestimmte Spezialtruppen in diese Orte zu entsenden, um die Soldatinnen und Soldaten bzw. die zivilen Wiederaufbauhelfer zu schützen. Das ist unabhängig von der Überlegung, die Sie gerade angestellt haben.

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Die nächste Frage stellt der Kollege Hans Raidel.

Hans Raidel (CDU/CSU):

Herr Minister, noch einmal zu einer eventuellen Zusammenlegung von Enduring Freedom und ISAF: Könnten Sie sich vorstellen, wenn die anderen Partner bei ISAF dem amerikanischen Argument des Zusammenlegens und der stärkeren Zusammenarbeit folgen würden, dass sich die Bundesregierung einer solchen Bitte anschließt oder würden Sie sagen, dass das dann nicht mehr das Mandat ist, das wir ursprünglich erteilt haben?

Es gibt Andeutungen aus Amerika und teilweise auch aus Brüssel, dass Enduring Freedom neu konzipiert und mit der Irakfrage unter dem Stichwort Terrorismusbekämpfung verknüpft werden müsste. Welche Haltung nimmt die Bundesregierung dazu ein?

Dr. Peter Struck, Bundesminister der Verteidigung:

Über Letzteres, Herr Kollege Raidel, ist mir nichts bekannt. Über Ersteres will ich jetzt nicht

spekulieren. Fragen der Art „Können Sie ausschließen, dass ...“ führen eher zu missverständlichen Antworten, wie ich in der Vergangenheit einmal erlebt habe.

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Die letzte Frage zu diesem Themenkomplex hat die Kollegin Dr. Gesine Löttsch.

Dr. Gesine Löttsch (fraktionslos):

Vielen Dank, Herr Präsident. – Als der Bundestag zum ersten Mal auf Antrag der Bundesregierung über dieses Mandat beschlossen hat, stand im Antrag der Bundesregierung vom 7. November 2001 zum Thema Personaleinsatz – ich darf kurz zitieren –:

Im Rahmen der Operation Enduring Freedom kann der Einsatz von deutschem Personal in Kontingenten anderer Nationen sowie der Einsatz von Personal anderer Nationen im Rahmen des deutschen Kontingents auf der Grundlage bilateraler Vereinbarungen ... genehmigt werden.

Ich würde gerne wissen, ob davon Gebrauch gemacht wurde und in welchen Kontingenten deutsches Personal bzw. in welchen deutschen Kontingenten Personal anderer Nationen eingesetzt wurde.

Dr. Peter Struck, Bundesminister der Verteidigung:

Wie ich vorhin bereits vorgetragen habe, konzentrieren wir uns zurzeit auf den Einsatz der Marine am Horn von Afrika. Wir fahren dort mit einer Fregatte Patrouille und haben ein Seeaufklärungsflugzeug im Einsatz, das die Schiffsbewegungen am Horn von Afrika und im Golf von Oman kontrolliert.

Des Weiteren haben wir uns vorher im Rahmen der Operation Enduring Freedom mit dem Kommando Spezialkräfte in Afghanistan an bestimmten Aktionen beteiligt, die der Geheimhaltung unterliegen und die ich nicht im Plenum des Parlaments darlegen kann. Aber die Obleute sind selbstverständlich darüber informiert worden.

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Vielen Dank.